



Neues aus Berlin



Sehr geehrte Damen und Herren,

ja, es gibt freudige Momente in der Politik! So vor wenigen Tagen, als ich von Bundesverkehrsminister Dobrindt die Baufreigabe für die Ortsumfahrung Lauchringen in

Empfang nehmen durfte. Trotzdem oder gerade deswegen lohnt ein Blick in die Historie. Es darf nicht sein, dass die Verzögerer von damals sich heute als die Erfinder des Pulvers aufspielen (siehe Seite 2).

Gewundert habe ich mich über die Berichterstattung anlässlich des Besuchs von EZB-Präsident Draghi im EU-Ausschuss. Wohlgermerkt, die Sitzung war nicht-öffentlich. Die Wortmeldungen aus den Reihen der CDU/CSU, darunter auch von mir, waren eigentlich ziemlich deutlich: dass die EZB ihr Mandat überdehnt, wenn sie Unternehmensanleihen aufkauft; dass die EZB mit ihrer Niedrigzinspolitik sowohl gegen die Interessen der Sparer handelt (Lebensversicherungen und Bausparverträge) als auch das Geschäftsmodell der

Genossenschaftsbanken und Sparkassen beschädigt, dass das Drucken von immer mehr Geld mittelfristig mit hohem Risiko behaftet ist - all das kam zur Sprache. Die Rechtfertigung des EZB-Präsidenten klang wenigstens für mich wenig überzeugend. Der öffentliche Eindruck, der Bundestag habe Draghis Politik quasi durchgewunken, ist also durchaus unzutreffend.

In den nächsten Wochen stehen nun die Beratungen zum Bundeshaushalt 2017 an - wieder ohne neue Schulden. Daneben geht es um mögliche Steuerentlastungen, den Einstieg in die Flexi-Rente und das Verbot so genannter Kinderehen. Wenn Rot/Grün dann noch die bisherige Blockade, die Maghreb-Staaten zu sicheren Herkunftsstaaten zu erklären, im Bundesrat endlich aufgibt, haben wir auch in der Migrationspolitik einen entscheidenden Schritt nach vorn gemacht.

Ihr

Thomas Dörflinger, MdB

Lauchringen: Dobrindt gibt grünes Licht für Ortsumfahrung

Der Bund investiert weitere 2,1 Milliarden Euro in die Bundesfernstraßen und hat im Rahmen dessen die Baufreigabe für die Ortsumfahrung Oberlauchringen im Zuge der B 34 erteilt. Das teilte Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) seinen Fraktionskollegen Thomas Dörflinger und Gabriele Schmidt am 21. September 2016 mit. Damit kann das Regierungspräsidium Freiburg die Bauarbeiten für die rund zwei Kilometer lange und mehr als fünfzehn Millionen Euro teure Ortsumfahrung ausschreiben. „Das ist ein großer Erfolg für die Region und das Ergebnis jahrelanger Arbeit! Wir bedanken uns bei Bundesverkehrsminister Dobrindt, dass er der Bitte der Region gefolgt ist und die Finanzierungsfreigabe für die Ortsumfahrung noch vor Verabschiedung des neuen Bundesverkehrswegeplans erteilt hat“, so die CDU-Abgeordneten. Damit liegen neben den baurechtlichen nunmehr auch die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für einen Baubeginn der Maßnahme vor. Erst vor wenigen Monaten, im März 2016, hatte das Regierungspräsidium Freiburg den Planfeststellungsbeschluss erlassen. „Die schnelle Finanzierungsfreigabe zeigt deutlich, dass der Bund beim Straßenbau Tempo macht. Es ist einmal mehr auch ein klares Signal an unsere Region, dass bei planfestgestellten und rechtsbeständigen Straßenbauvorhaben zügig die Bagger anrollen können“, so die Abgeordneten weiter. Diese möchten sich nun beim Regierungspräsidium Freiburg (RPF) dafür einsetzen, dass die bauvorbereitenden Arbeiten zügig abgeschlossen werden.





*Schreiben Thomas Dörflingers an die Mitglieder des CDU-Ortsverbandes
Lauchringen anlässlich der Baufreigabe für die OU Oberlauchringen*

Betreff: Ortsumfahrung Oberlauchringen

Liebe Freundinnen und Freunde der CDU,

vor wenigen Tagen durfte ich zusammen mit Kollegin Gabriele Schmidt, MdB aus der Hand von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt die Baufreigabe für die Ortsumfahrung Oberlauchringen im Zuge der B 34 entgegennehmen. Ein sehr erfreuliches Ereignis! Hierzu hat die Unterstützung von Felix Schreiner, MdL, seines Vorgängers Peter Straub, Bürgermeister Thomas Schäuble, Bürgermeister a.D. Bertold Schmidt und der Lauchringer CDU auch ihren Beitrag geleistet, wofür ich mich herzlich bedanke.

In der öffentlichen Berichterstattung ist gleichwohl ein ziemlich schiefes Bild zur Geschichte dieses Projektes entstanden, weshalb ich Ihnen gegenüber nochmals die historisch richtigen Fakten in Erinnerung rufen möchte. Viele von Ihnen waren ja kommunalpolitisch ohnehin ein Teil dieses Prozesses.

1. Bereits im Bundesverkehrswegeplan 1992 war die Ortsumfahrung Oberlauchringen als Abschnitt 10 der A 98 in der höchsten Kategorie „Vordringlicher Bedarf“ eingestuft (nachzulesen auf Seite 44 der Bundestagsdrucksache 12/4068). Dies war Ergebnis der Arbeit meines Amtsvorgängers, Werner Dörflinger, MdB. Die SPD hat den Bundesverkehrswegeplan 1992 im Deutschen Bundestag übrigens abgelehnt!
2. Im darauf folgenden Bundesverkehrswegeplan 2003 wurde die Ortsumfahrung Oberlauchringen dann als Bundesstraße und in der Kategorie „Weiterer Bedarf mit Planungsrecht“ eingestuft. Dies war also erkennbar gegenüber dem Bundesverkehrswegeplan 1992 kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt!
3. Die Herabstufung wurde seinerzeit nicht, wie behauptet, durch eine versäumte Anmeldung des Verkehrsministerium des Landes Baden-Württemberg verursacht, sondern geschah in den Einzelberatungen zum Bundesverkehrswegeplan 2003, an denen ich selbst teilgenommen habe. Gegen meinen erbitterten Widerstand hat die damalige SPD-Abgeordnete Rehbock-Zureich diese Herabstufung zusammen mit Vertretern des damaligen SPD-geführten Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Wohnungswesen durchgesetzt.
4. Der SPD-Ortsverband Lauchringen war von diesen Plänen offenkundig nicht sonderlich begeistert, wie die SPD selbst über eine Podiumsdiskussion im März 2003 berichtet: „Die Beteiligten - mit Ausnahme der Vertreter Klettgau - waren sich einig, alles politisch Mögliche zu veranlassen, dieses Teilstück im endgültigen Plan wieder im vordringlichen Bedarf auszuweisen. Aus Lauchringer Sicht ist dabei die Variante A 98 der B 34 vorzuziehen. Ein Ausweis im Vordringlichen Bedarf bedeutet eine Realisierung innerhalb der nächsten 15 Jahre je nach Bereitstellung der Mittel.“ Nachzulesen im Internet unter http://www.spd-lauchringen.de/index.php?menu=80114&mod=content&page_id=3230
5. Daraus folgt: die Einstufung als Bundesstraße und im „Weiteren Bedarf mit Planungsrecht“ des Bundesverkehrswegeplans 2003 war ein Rückschlag und hat Lauchringen wie die Region 15 Jahre gekostet! Wer den Schritt von damals heute als Erfolg verkaufen will, muss schon ziemlich vergesslich sein.

Natürlich, das gilt nicht zuletzt auch für mich selbst, freuen wir uns über die positive Botschaft aus Berlin, dass Oberlauchringen schon bald in den Genuss der neuen Ortsumfahrung kommen kann. Trotzdem oder gerade deswegen bin ich Ihnen dankbar, wenn Sie die sicher vielen Gespräche, die in Lauchringen und Umgebung hierzu geführt werden, auch dazu nutzen, auf die historische Wahrheit hinweisen. Es sollten sich heute nicht jene als Erfinder aufspielen können, die zur Verzögerung wesentliche Beiträge geleistet haben...

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

Thomas Dörflinger, MdB



Neues aus Berlin

Bundestag berät Bundesverkehrswegeplan 2030

Der Deutsche Bundestag hat am 22. September 2016 in erster Lesung über den von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt vorgestellten Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2030 sowie die Ausbaugesetze für die Bundesfernstraßen-, Bundesschienen- und Bundeswasserstraßenwege beraten. Der Verkehrsausschuss des Bundestages wird sich voraussichtlich vom 24. bis 26. Oktober 2016 mit den Einzelprojekten befassen. Die abschließende Beratung und Beschlussfassung über den BVWP und die Ausbaugesetze ist für Anfang Dezember 2016 vorgesehen. Der neue Bundesverkehrswegeplan beinhaltet rund 1.000 Projekte mit einem Gesamtvolumen von 269,6 Milliarden Euro und hat eine klare Finanzierungsperspektive. Das heißt, dass im Zeitraum des BVWP bis 2030 alle Projekte des vordringlichen Bedarfs umgesetzt werden können. Dobrindt betonte bei der am Vortag erfolgten Baufreigabe für bundesweit insgesamt 24 Straßenbauvorhaben, dass der Bund bereits im kommenden Haushaltsjahr eine noch höhere Summe in die Infrastruktur investieren würde, wenn weitere planfestgestellte und rechtsbeständige Bauprojekte vorgelegen hätten.

Bundeshaushalt 2017 in erster Lesung beraten

Die parlamentarische Sommerpause endet mit Beginn der Haushaltsberatungen für das Folgejahr. Den zu Grunde liegenden Haushaltsentwurf und den Finanzplan des Bundes bis 2020 hat Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble am 6. September 2016 vorgestellt. Der Haushalt 2017 umfasst demnach Ausgaben in Höhe von 328,7 Milliarden Euro. Das sind 11,8 Milliarden Euro mehr als im laufenden Jahr. Der Entwurf sieht keine Aufnahme neuer Kredite vor. Der Bund hält damit an seiner soliden Haushaltspolitik fest und verzichtet durchweg in jedem Jahr bis 2020 auf die Aufnahme neuer Schulden. Bereits seit 2014 ist der Bundeshaushalt ohne Nettokreditaufnahme ausgeglichen. Mit dem ausgeglichenen Haushalt trägt der Bund entscheidend dazu bei, die Schuldenstandsquote bis 2020 auf unter 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) - der Vorgabe des EU-Stabilitäts- und Wachstumspakts - zu senken. Bereits dieses Jahr ist ein Wert von unter 70 Prozent erreichbar. Gleichzeitig erhöhen sich in den kommenden Jahren die Investitionen des Bundes in Forschung, Infrastruktur, innere und äußere Sicherheit und in die Integration von Flüchtlingen.

EZB-Präsident Draghi im Gespräch mit Abgeordneten

Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB), ihre Doppelrolle als Notenbank und oberste Aufseherin in der neu geschaffenen Bankenunion sowie die gesamtwirtschaftliche Entwicklung des Euro-Raums waren die Themen eines nicht-öffentlichen Gesprächs, das Prof. Dr. Mario Draghi, Präsident der EZB, mit Mitgliedern des Europa-, Haushalts- und Finanzausschusses des Deutschen Bundestages führte. Die EZB verfolgt seit mehreren Jahren eine expansive Geldpolitik, die niedrige, teils negative Zinssätze mit einer Reihe unkonventioneller Maßnahmen kombiniert. Der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte, also der sog. Leitzins, liegt derzeit bei 0,00 Prozent, der Zinssatz für die Einlagefazilität, also der Zinssatz, den Geschäftsbanken für ihre Einlagen bei der EZB bekommen, bei minus 0,4 Prozent. Thomas Dörflinger, einer der Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die EZB, kritisierte nicht nur die Niedrigzinspolitik der Notenbank, sondern auch den Beschluss des EZB-Rates vom 10. März 2016, mit dem sog. Corporate Sector Purchase Programme verstärkt Unternehmensanleihen aufzukaufen. Die niedrigen Zinsen gefährdeten sowohl die Altersvorsorge der Sparer als auch den Aufbau von Eigenkapital im Versicherungs- und Bankensektor. Von den in Folge der Niedrigzinspolitik beobachtbaren Entwicklungen am Finanz- und Immobilienmarkt würden ärmere Haushalte weniger stark profitieren. Der Kauf von Unternehmensanleihen schließlich falle in die Zuständigkeit der Geschäftsbanken, so Dörflinger gegenüber EZB-Präsident Draghi. Der Bundestag berichtet auf seiner [Website](#) über das Gespräch.





Neues aus Berlin

Pensionskassen: Jahrelange Hängepartei beendet

Gute Nachricht für Grenzgänger und Finanzämter in der Region Hochrhein-Bodensee: Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) hat am 27. Juli 2016 das BMF-Schreiben zur überarbeiteten einkommensteuerlichen Behandlung des schweizerischen Pensionskassensystems veröffentlicht. „Mit dem BMF-Schreiben schafft das Bundesfinanzministerium Klarheit bei der einkommensteuerlichen Behandlung der Beiträge und Leistungen von Vorsorgeeinrichtungen nach der zweiten Säule der schweizerischen Altersvorsorge. Damit geht für die betroffenen Steuerbürger und die Steuerverwaltung in Deutschland eine jahrelange rechtliche Hängepartei zu Ende. Das ist zeitgleich auch ein großer Erfolg für uns CDU-Abgeordnete aus der Region, da wir uns seit 2007 für eine steuerliche Differenzierung zwischen obligatorischer und überobligatorischer Absicherung einsetzen, um eine überhöhte Besteuerung der Leistungen aus zusätzlicher freiwilliger Vorsorge abzuwenden. Das BMF-Schreiben bestätigt nunmehr diese Unterscheidung, die sinnvollerweise sowohl für privatrechtliche

als auch öffentlich-rechtliche Pensionskassen gilt“, so Thomas Dörflinger. Die Abgeordneten hatten sich nach den Mitte Juni 2015 veröffentlichten Grundsatzurteilen des Bundesfinanzhofs (BFH) zur steuerlichen Beurteilung der Auszahlungen aus privatrechtlichen schweizerischen Pensionskassen an das BMF gewandt und von dort die Zusage erhalten, eine Arbeitsgruppe zur Erarbeitung einer sachgerechten bundeseinheitlichen Regelung einzusetzen. Das Ergebnis dieser Arbeitsgruppe ist das nun veröffentlichte BMF-Schreiben, das am 27. Juli 2016 an die Finanzbehörden der Länder versandt und am 22. August 2016 auch im Bundessteuerblatt veröffentlicht wurde. Hintergrund: Die Oberfinanzdirektion (OFD) Karlsruhe hatte mit Verwaltungsverfügung vom 19. September 2005 das Pensionskassensystem als gesetzliche Rentenversicherung qualifiziert und keine Differenzierung zwischen der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestabsicherung und der überobligatorischen Absicherung vorgenommen. Diese Differenzierung ist aber nach höchstrichterlicher Rechtsprechung des BFH geboten und war vom Finanzgericht Baden-Württemberg auch vorgenommen worden.

Mögliche Bundesförderung für Familienzentrum

Das Familienzentrum Hochrhein (FAZ) in Lauchringen darf auf eine Förderung aus dem am 1. Januar 2017 startenden Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus (2017-2020) hoffen. „Das Bundesfamilienministerium hat uns darüber informiert, dass das Familienzentrum das Interessenbekundungsverfahren erfolgreich durchlaufen und mit dem eingereichten Konzept überzeugt hat“, erklärten die Bundestagsabgeordneten Thomas Dörflinger und Gabriele Schmidt. „Damit ist eine wichtige Hürde genommen, um auch künftig von der Bundesförderung für Mehrgenerationenhäuser zu profitieren“, so die Abgeordneten weiter. Das FAZ gehört damit zu bundesweit 441 Mehrgenerationenhäusern, die bislang über das noch bis Jahresende laufende Aktionsprogramm II gefördert werden und nun dazu aufgefordert wurden, bis spätestens Ende Oktober ihre Anträge für eine Anschlussförderung zu stellen. Neben den zur Weiterförderung ausgewählten Mehrgenerationenhäusern wird das Bundesfamilienministerium auch Neubewerber einladen, wovon weitere Mehrgenerationenprojekte am Hochrhein profitieren könnten.

Gespräch mit Vertretern der Arbeitsagentur Lörrach

Zu ihrem turnusmäßigen Gespräch über arbeitsmarktpolitische Entwicklungen konnten die Bundestagsabgeordneten Thomas Dörflinger, Gabriele Schmidt und Armin Schuster Vertreter der Arbeitsagentur Lörrach in Berlin begrüßen. Themen des Gesprächs waren die Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Agenturbezirk Lörrach, die Zahlen zur Jugendarbeitslosigkeit und die Arbeitsmarktintegration von Asylbewerbern -und berechtigten.





Neues aus dem Wahlkreis

DB kündigt Verbesserungen am Hochrhein an

Anhaltende Beschwerden über die Betriebsqualität auf der Eisenbahnstrecke zwischen Basel und Singen am Hochrhein hatte Thomas Dörflinger zum Anlass genommen, sich abermals mit dem Konzernbeauftragten der Deutschen Bahn für Baden-Württemberg, Sven Hantel, in Verbindung zu setzen. In ihrer Antwort an den Abgeordneten begründet die Bahn Verspätungen und Zugausfälle zwischen Mai und Juli mit diversen Baustellen, die aber inzwischen abgearbeitet seien. Zum Fahrplanwechsel 2016 steht nach Angaben der DB AG eine Reihe von Verbesserungen auf der Hochrhein-Strecke an. So soll der Stundentakt beim Inter-Regio-Express (IRE) zwischen Singen und Basel täglich angeboten werden; bislang gibt es den Stundentakt nur von Montag bis Freitag und am Sonntagabend. Weiter soll auf der Strecke Ulm-Singen-Basel der letzte IRE zwei Stunden später verkehren und so eine spätere Verbindung von Ulm über Singen an den Hochrhein gewährleisten. Schließlich soll die Verbindung um 21 Uhr ab Singen zukünftig als schneller IRE angeboten werden, zusätzlich soll der IRE-Takt ab Singen nach Basel abends um eine Stunde ausgeweitet werden.

Abgeordneter wirbt für IT-Bildungsprojekt

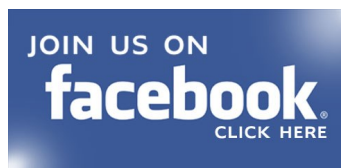
Für viele Kinder und Jugendliche gehören Handy und Tablet-PC längst zu den Alltagsgegenständen, nur wenige sind hingegen mit der Technik dahinter vertraut. Das möchte die Wissensfabrik, eine Bildungsinitiative der deutschen Wirtschaft, mit ihrem neuen Bildungsprojekt „IT2School - Gemeinsam IT entdecken“ nun ändern. „Mit dem Bildungsprojekt ‚IT2School‘ entdecken, erforschen und erlernen Schülerinnen und Schüler Informationstechnologie auf spielerische Weise. Dabei behandeln sie grundlegende Fragen zu Kommunikation, Daten, Programmiersprache und dem Zusammenspiel von Hard- und Software“, erklärt Thomas Dörflinger das Ziel der Bildungsinitiative. Das Bildungsprojekt wurde von der Wissensfabrik gemeinsam mit ihrem wissenschaftlichen Partner, dem Institut für Informatik der Universität Oldenburg, entwickelt. Es besteht aus verschiedenen Modulen mit erprobten Unterrichtsplänen für die Klassen 4 bis 10. Einfache Experimente und gemeinsame Entwicklungsprojekte veranschaulichen die Funktionsweise von Informationssystemen. Weitere Informationen finden sich im Internet unter www.wissensfabrik-deutschland.de

Termine unseres MdB (Auswahl):

- 04.10. Betriebsbesuch Vim Solution, Kirchzarten
- 05.10. Mandatsträgerkonferenz CDU-KV Brsg.-Hsw.
- 10.10. IHK-Dialog, Konstanz
- 10.10. HV CDU-Ortsverband Friedenweiler
- 11.10. Besuch der Bad. Staatsbrauerei Rothaus
- 13.10. HV CDU-Ortsverband Titisee-Neustadt
- 15.10. Klausurtagung CDU Waldshut-Tiengen
- 16.10. Gesellenfreisprechung, Tiengen
- 24.10. Vortrag bei der Senioren-Union, Kirchzarten
- 28.10. Nominierung Bundestagswahlkreis 288
- 31.10. Gespräch mit AOK-Geschäftsleitung, Waldshut

Sitzungswoche:

17.10. - 21.10.2016



Impressum/Kontakt:

Abgeordnetenbüro Berlin
Platz der Republik 1
D-11011 Berlin
Tel.: 030 227-73495
Fax: 030 227-76507
eMail: thomas.doerflinger.ma02@bundestag.de
Bildrechte: HTG, Achim Melde, Dt. Bundestag